

GASTSPIEL Boris Reitschuster: Der Gleichheits-Wahn

„Wir träumen den jakobinischen Traum von der großen Gleichheit. Wir wollen ihn in Wirklichkeit übersetzen. Das macht uns diktaturfähig. Das macht uns moralisch überlegen. Das macht uns so furchtbar“ – das schreibt Alexander Will, Nachrichtenchef der Nordwest-Zeitung in Oldenburg, auf *twitter*.

Alexander Will, ein Fels der Vernunft in der Brandung des von „Haltung“ geprägten Journalismus, trifft damit den Nagel auf den Kopf. Denn der Traum von so vielen Linksgrünen, die heute ihre Lufthoheit über dem Meinungskorridor (v)erbittert verteidigen, ist die Gleichheit aller Menschen. Darauf arbeiten sie mit aller Gewalt hin – oft ohne zu verstehen, wie realitätsfern das ist, wie dumm – und vor allem wie gefährlich.

Der konkrete Auslöser für Wills Klage war eine Meldung der *Frankfurter Allgemeine (FAZ)*, einst Flaggschiff der Konservativen in Deutschland, heute mit klarer linksgrüner Schlagseite:

Wills Konter: „Hier zeigt sich das deutsche Wesen: Wir hassen Erfolg, Aufsteiger, Macher. Wir hassen „Reiche“, wobei der Begriff je nach Lage flexibel ist. Wir lieben Gleichmacherei. Was über den Durchschnitt herausragt, wird abgeschnitten.“

Und genau dieser Hang zur Gleichmacherei – den ich allerdings mehr in der Elite sehe als bei der Bevölkerung – ist für einen großen Teil unserer aktuellen Probleme verantwortlich. In dem Beispiel mit den 750.000 Euro Jahresbezügen kann man noch streiten; aber dass der Spitzensteuersatz heute für einen Alleinstehenden bereits bei einem Einkommen von 4.663 Euro im Monat beginnt, zeigt, welche Auswüchse die Gleichmacherei erreicht hat.

Linker Extremismus wurde im Gegensatz zum rechten in Deutschland nie geächtet. Schlimmer noch: 30 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer ist er wieder salonfähig. Stalins und Lenins wichtiger Leitsatz war die Schaffung eines neuen, gleichen Menschen. Sie wollten die Gesellschaft wie Knetmasse formen, von oben herab, mit Gewalt und Umerziehung, In der wahnartigen Überzeugung, Moral und Wahrheit im. eigenen Besitz zu haben.

Lenin (und Bucharin) wird der Satz zugeschrieben, jede Küchenhilfe könne den Staat führen. Von solchem Wahnvorstellungen bis zum heutigen Glauben, man könne aus jedem pakistanischen Bauern eine Fachkraft oder gar einen Ingenieur machen, ist es nicht weit. Der Wind eines jakobinischen-leninschen Gleichheitswahns weht durch Deutschlands Parlamente, Ämter und Redaktionen. Aus der wunderbaren Idee, dass alle Menschen die gleichen Rechte, Pflichten und nach Möglichkeit auch Chancen haben sollten, bzw. in der sozialdemokratischen Version, dass für einen gewissen Ausgleich zwischen besser und schlechter Gestellten gesorgt werden sollte, wurde der Wahn, man bzw. der Staat müsse alle Menschen gleich machen.

Dieser Wahn bringt unser Land immer mehr auf Abwege. Erfordert der Glaube an ihn doch geradezu zwangsweise, dass man gewisse Unterschiede zwischen Menschen, etwa bei Gewaltbereitschaft, kulturellem Hintergrund etc. abstreiten muss. Und damit auch die vielen Nachrichten zumindest herunterspielen, die diese Unterschiede zu Tage befördern. Unterschiede zwischen den Menschen

werden nicht mehr als etwas Positives begriffen, ohne das unser Leben langweilig wäre (die aber auch für viele Gefahren verantwortlich sind – sie werden vehement abgestritten. Wer dem Gleichheits-Dogma nicht folgt, wird schnell verketzert, also diffamiert; etwa, indem er zum Rassisten erklärt wird (neudeutsch für das, was unter Lenin der Volksfeind war; weitere Synonyme sind „rechts“ und „Nazi“).

In letzter Instanz muss die jakobinisch-leninsche Gleichmacherei geradezu in die Diktatur führen. Das wird ggf. keine alte, klassische Diktatur sein, sondern eine moderne Form, die auch nicht auf den ersten Blick als solche zu erkennen sein wird. Etwa eine Meinungsdictatur. Wir bewegen uns in erschreckender Geschwindigkeit in diese Richtung – was auch dadurch klar wird, wie allergisch diejenigen, die für diese Entwicklung verantwortlich sind, auf eben die Benennung dieser Gefahr reagieren. Inzwischen geht es nicht mehr darum, der Anfänge zu erwehren. Sondern den weit fortgeschrittenen Weg in den Gleichmachungs-Staat zu stoppen.

Dieser Betrag erschien zuerst auf www.reitschuster.de .

Unsere politischen Eliten versagen, die Realität auch nur wahrzunehmen

Die aktuellen Umfrageergebnisse von *Infratest dimap* für die Landtagswahlen in Ostdeutschland im Herbst zeugen von einem bevorstehenden Armageddon für die ehemaligen Volksparteien CDU und SPD. CDU in Sachsen minus 15 Prozent, in Thüringen minus 12 Prozent, SPD in Brandenburg minus 12 Prozent. Aber Sie machen ja alles richtig und wissen alles besser.

Demokratie ist die Herrschaft des Volkes, und das ist gut so. Demokratie ist großartig und überall auf diesem Planeten alles andere als eine Selbstverständlichkeit.

Wenn mir Facebook-Freunde schon vor zwei Jahren schrieben, Union und SPD werden auf der Müllhalde der Geschichte verschwinden, weil – frei nach Gorbatschow – vom Leben bestraft wird, wer die Zeichen der Zeit nicht erkennt, habe ich energisch widersprochen. Heute kann man nicht mehr widersprechen, wenn man noch halbwegs bei Verstand ist.

Unsere politischen Eliten beherrschen eine Disziplin immer noch meisterhaft: die Verdrängung der Realität. Jeden Tag begehen Menschen in Deutschland schwerste Gewalttaten, die wir in unserem Land aufgenommen und ihnen Sicherheit und eine Zukunft geboten haben. Und es begehen Einheimische schwerste Gewalttaten wie den Mord an dem CDU-Politiker Walter Lübcke und der Angriff auf einen Eritreer in Wächtersbach – beides verübt von Rassisten, von rechten Extremisten.

Unsere Gesellschaft muss jede Art von Gewalt konsequent bekämpfen. Jede Art, egal, wie sie motiviert

ist.

Die Probleme mit einem Teil der Migranten und Flüchtlinge in Deutschland werden konsequent verdrängt. Wenn ein kleiner Junge auf dem Frankfurter Hauptbahnhof von einem Eritreer vor einen ICE gestoßen wird und stirbt, dann redet unsere „Elite“ davon, dass bei der Mahnwache Tätowierte dabei waren – so als dürften die nicht trauern. Sie warnen vor Rechtsradikalen – in Ordnung. Aber sie sind unfähig, umzusteuern, ja auch nur zu begreifen, dass sie selbst mit einer verantwortungslosen Flüchtlingspolitik dazu beigetragen haben, diese Zustände herbeizuführen.

Und so lange das der Fall ist, werden sie Wahlkatastrophe um Wahlkatastrophe einfahren, ihre Direktwahlkreise verlieren und an den Wahlurnen die Quittung für ihr Versagen erhalten. Immer und immer wieder.